

Die „Vorwärts“ wird am Montag und Mittwoch...
Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10-111.
Verleger: Kurt Norden 2893 und 2894.

Die „Vorwärts“ wird am Montag und Mittwoch...
Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10.
Verleger: Kurt Norden 2708.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 25. Februar 1919

Nummer 101

Eine Hezke gegen München.

Eine teuflische Gemeinheit.

In München hat das Proletariat unter dem Eindruck der fürchterlichen Bluttat gegen Eisner seine Einigung auf revolutionär-sozialistische Grundzüge vollzogen. Das Organ der Mehrheitssozialisten, die wieder erklimmte „Münchener Post“, vertritt unter der Mithilfe der Ereignisse die Politik, die der Zentralrat eingeschlagen hat: Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums, Verankerung des Räteprinzips in der Verfassung, proletarische Einheitsfront gegen...
Dasselbe ist in Nürnberg der Fall. Die bürgerlichen Parteien müssen einsehen, daß nur eine rein sozialistische Regierung die Dinge meistern kann, und haben sich bereits damit abgefunden, daß ihre Beteiligung an der Regierung unmöglich ist.

Das paßt aber den rechtssozialistischen Führern nicht, die fürchten, daß das Münchener Beispiel anleidend wirken, ihren Bund mit den liberalen und liberalen Bourgeoisparteiern unzulässig machen und ihre eigene Herrschaft bedrohen könnte. Deshalb legen sie alles dran, Vorwände zu finden, um, wenn nicht anders, so mit Gewalt die Politik des Münchener Proletariats zunichte zu machen.
Mit geradem teuflischer Gemeinheit sucht der „Vorwärts“ die Schiffe im Landtag, die den Minister Kuer kühn verlehrt und den Zentrumsvorstandern Ziel getötet haben, gegen das Münchener Proletariat auszunutzen. Zu diesem Zweck erfindet er, daß ein gewisser Lindner, der das Attentat begangen haben soll, im Einverständnis mit einem revolutionären Arbeiterrat gehandelt hätte, und die gewalttätige Sprengung des bayerischen Landtages beabsichtigt habe. Auch die Schanzwache des Landtages sei im Komplott gewesen. Beabsichtigt sei gewesen, die mehrheitssozialistischen Führer, außer Kuer noch Kosschauer und Timm, zu ermorden. Das Verbrechen sei außerordentlich sorgfältig vorbereitet gewesen.
Die Absicht dieser Sensationsmeldung ist ganz klar. Es soll der Eindruck erweckt werden, daß München unter der Herrschaft einer „fortschrittlichen Minderbande“ stehe und daß nichts dringender sei, als daß Herr Kosske einmarschiert. Unter dem Schutze der Weichen würden dann die rechtssozialistischen Führer mit dem Zentrum und den Liberalen die Regierung übernehmen können. Das Proletariat wäre machtlos und Eisner endlich ganz unschädlich gemacht.

Sollen wir erst noch sagen, daß die ganze Komplottgeschichte eine gewissenlose Erfindung ist? Das geht ja schon daraus hervor, daß nach allen bisherigen Meldungen die Schiffe die das Unheil angerichtet haben, wahrscheinlich nur von einem einzigen Menschen abgegeben wurden. Es wurde zwar anfangs noch von Schiffen berichtet, die von der Galerie gefallen seien, aber diese Meldungen sind ganz unbestätigt. Wäre wirklich ein Komplott, das mehrere Teilnehmer umfaßte, vorhanden gewesen, so wären, da die Schanzwache ja angeblich verlor, wohl ganz andere Ereignisse eingetreten.

Den sicheren Beweis aber, daß die Geschichte erfunden ist, erbringt der Umstand, daß den Ministern Kosschauer und Timm nicht nur nichts geschähen ist, sondern daß Kosschauer in seinem eigenen Schutz in Gott genommen worden war (der „Vorwärts“ ließ ihn allerdings in der Nacht ermorden), und dann völlig unbehelligt in Freiheit gesetzt wurde, und daß Timm Mitglied des neuen Ministeriums werden soll.

Dazu kommt, daß die Rechtssozialisten in München, Nürnberg, Augsburg sich überall in die proletarische Einheitsfront eingemischt haben, was sicher nicht der Fall wäre, wenn sie meinten, daß ihre Führer ermordet werden sollen.

Nein, es ist ganz sicher, daß die Geschichte erfunden worden ist, um sie gegen das Zusammengehen der sozialistischen Parteien in Bayern auszuweichen. Denn die rechtssozialistische Führung fürchtet heute nichts mehr, als die Einigung des Proletariats, da sie weiß, daß es dann mit ihrer Politik zu Ende wäre.

Deshalb diese unerhörte Hezke des „Vorwärts“, die nur eine Parallele hat: die infame Ankußung des Attentats des Kosschauer, die zu dem Sozialisten gleich geführt hat. Auf dieser Stufe der politischen

Berlumpung ist heute der „Vorwärts“ angelangt. Die Politik des Kampfes gegen den inneren Feind hat eben ihre eigene Konsequenz und die rechtssozialistische Führung ist bereits dort, wo Dismard war, als er die Buttkamer und Tessendorf auf die deutsche Arbeiterklasse losließ.

Schamlose Hezke!

Zu neuem Brudermord stoßelt die „Sozial. Korresp.“ des Heilmann auf. Der Bursche schreibt über die Münchener Vorgänge:

Noch weniger darf die Sozialdemokratie sich dem Terror von links beugen. Spartakisten und Unabhängige meucheln die sozialdemokratischen Führer (1) und durchleben schwerbewaffnete die Straßen der bayerischen Großstädte. Es wäre denkbar, daß im Augenblick die Sozialdemokratie ihnen keine gefährliche Waffenschmiede entgegenstellen könnte. Das wäre der Beweis, daß sie in den vergangenen Monaten schwere politische Fehler gemacht hat. Sie mußte wissen, daß es zwischen den Volkswaisen und uns auf die Dauer keine Verständigung geben kann, daß der Kampf auf Leben und Tod auszufechten werden muß und daß nur für eines von beiden Platz ist, entweder für die Diktatur oder für die Demokratie.

Aber wenn die anderen im Augenblick nicht durch die Zahl ihrer Anhänger, sondern durch das Übergewicht der Waffen die Macht an sich reißen, muß die Sozialdemokratie gegen ihre Gewalttätigkeit den Kampf für das Recht der freien Volkswahl aufnehmen und unerhütterlich führen. ...
Der Hezker treibt dasselbe Handwerk, das er während des Krieges zu seiner Verlängerung getrieben, heute gegen die revolutionäre Arbeiterchaft. Und seine Korrespondenz verlorat die ganze rechtssozialistische Brotpresse mit „politischer Stellungnahme“.

Der Generalstreik in Mit'e'deuf'chland.

Feit, 25. Februar. In Feit ruht die Arbeit vollständig infolge des Generalstreiks. Da das Elektrizitätswerk die Stromlieferung einstellt, wird der Eisenbahnverkehr, der hier auf elektrisch betriebene Weichen angewiesen ist, nur mit großen Schwierigkeiten vorläufig noch aufrechterhalten. Die Wasserversorgung der Stadt ist eingestellt. Die Zeitungen sind infolge des Streiks gleichfalls am Erscheinen verhindert. Die Bürgerschaft des Stadt- und Landkreises Feit will ihrerseits den Generalstreik proklamieren, um die Wiederaufnahme der Arbeit durch die ausständigen Arbeiter zu erzwingen.

Ruhe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

TU. Essen, 25. Februar. Im Industriegebiet ist ziemlich allgemein die Arbeit wieder aufgenommen worden. Auf den Gütern und Schachtwerken des Bezirkes wo die Streikbewegungen überhaupt am geringsten gewesen waren, sind nur gezwungen gefeiert wurde, sind die Arbeiter gestern vollständig erschienen. Auf den Sechen des Ruhrbezirkes sind die Bergarbeiter gestern früh zum größten Teil wieder angefahren. Im nördlichen Teil des Ruhrbezirkes im Gelsenkirchener, Bochumer, Recklinghauser Dortmund, und Dammmer Revier, ebenso im Rattinger und Verdener Revier, wird wieder gearbeitet.

Dortmund, 25. Februar. Auf sämtlichen Sechen des hiesigen Bergwerksreviers wurde gestern gearbeitet. Das gleiche gilt auch von den Werken der übrigen Industrie.

T.U. Münster, 25. Februar. In der Konferenz zwischen den Delegierten der A. und S. Räte des Industriebezirks, dem Streikkomitee und dem Generalkomitee, wurde festgestellt, daß die Vereinbarungen an vielen Stellen nicht eingehalten worden seien, und daß immer wieder Verstöße vorkämen. Die Vertreter des Streikkomitees suchten diese Vorwürfe mit dem Hinweis auf unzureichende technische Mittel zu entkräften. Das Komitee war der Ansicht, daß bis zum 25. Februar die Zurücknahme der Resolutionen, Gruppen hinter die Lippe erfolgen sollte, während das Generalkomitee auf dem Standpunkt steht, es habe lediglich zugehört, an diesem Tage eine Aussprache über diese Frage herbeizuführen. Schließlich wurde beschlossen, die Militärbehörde mit der Durchführung der Entwaffnung der Zivilbevölkerung zu beauftragen.

Im Schlepptau der bürgerlichen Parteien.

Von Prof. Dr. C. Balloß.

Wir haben im Reiche bei den Wahlen zur Nationalversammlung und im Staate Preußen bei den Landtagswahlen eine bürgerliche Mehrheit bekommen. Daran ist nichts zu ändern. Zwar diese Mehrheit ist mit größter Wahrscheinlichkeit eine Frauenmehrheit. Zunächst ist die Anzahl der männlichen Wähler wegen des Ausfalls von 2 Millionen an Toten und nahezu 1 Million an noch nicht heimgekehrten Gefangenen eine erheblich geringere gewesen, als die der Frauen; es dürften 16 Millionen Männern 10-12 Millionen Frauen gegenübergestanden haben. Man hätte Männer- und Frauenstimmen leicht getrennt zählen können durch Verordnungen verschiedenfarbiger Umschläge. Das ist nun bedauerlicherweise verjämmt worden. Wir können also nicht exakt beweisen, wieviel Prozent Frauen bürgerlich gestimmt haben. Wir haben aber eine große Wahrscheinlichkeit bezw. es ist ganz notorisch, daß in allen katholischen Gebieten, in denen ja der katholischen Geistlichkeit der Reichstribunal und durch den Reichstribunal Seligkeit oder Döllensstrafen zur Verfügung stehen, die Frauen sozialistischer Männer ganz überwiegend bürgerlich gestimmt haben. Wie sollte es sonst zu erklären sein, daß in Rheinland-Westfalen trotz bürgerlicher Mehrheit die sozialistisch gesinnten Kohlenarbeiter die Lage beherrschten. Die wirklichen wirtschaftlichen Macht- und Arbeitsverhältnisse sind eben weit sozialistischer, als die Stimmzettel haben erkennen lassen!

Hätte die Mehrheitspartei sich darauf besonnen, so würde sie erkannt haben, daß sie es gar nicht notwendig hätte, an bürgerlichen Parteien so sehr viel Konzessionen zu machen. Die Hezke gegen die Arbeiterräte verdrängert die eine Tatsache, daß das Kräfteverhältnis bei der eigentlichen werktätigen Arbeit ein anderes ist, als bei den Stimmzetteln: man will die werktätige Arbeit wieder fruchten! Aber angenommen, daß die Mehrheitspartei sich nach den durch die Volksabstimmung gegebenen Partei-machtverhältnisse zu richten hätte. Angenommen, daß sie um in der Regierung zu bleiben, den bürgerlichen Parteien Konzessionen zu machen brauchte. Wodann aber ergab sich von selbst die Gegenfrage: Welche Konzessionen machen die zur Mitherrschaft berufenen Parteien dem Sozialismus?

Soll etwa diese Konzession in dem Kleinrentenwesen bestehen, das die Schaffung von etwa 400.000 neuen Kleinrentenstellen in Aussicht nimmt? Dieses Geiz ist doch eine Konzession nicht an den Sozialismus, sondern an den Individualismus! Höchstens an die Demokratie — genau betrachtet aber sogar an den Konservatismus! Denn die künftigen Kleinrenten werden doch mit den bisherigen Bauern zusammenhalten, sich dem Bunde der Landwirte angeschlossen, weil dieser ihnen das Eintreten für Schutzzölle versprochen wird, was die Demokraten nicht können.

Sollen Konzessionen in der Frage der Sozialisierung des Kohlenberaubens gemacht sein? Das was der neue Reichswirtschaftsminister Wisell erklärt hat, unterscheidet sich nicht zu sehr von dem Programm August Müllers, der die Sozialisierung der Kohle im gegenwärtigen Moment als „Vorbeden“ bezeichnet!

Ein ecklicher konservativer Nationalökonom, Adolf Wanner, hielt die Verstaatlichung des Verabens und der Vericherung bereits vor 40 Jahren für verboten, und bürgerliche Parteiführer haben auch wiederholt die Ausnahmestellung der Kohle, die Monopolstellung der Kohlenherren im Wirtschaftskreis der Reichweite anerkannt. Daß man die Kohle bloß im gegenwärtigen Moment nicht sozialisieren dürfte, um dem Feinde nicht ein Querschnitt zu ermöglichen, ist ein Sozialismus, an das ihre Vertreter unendlich glauben können: hat doch der Weltkrieg gezeigt, daß heute nichts sein Privatvermögen vor feindlichem Zugriff sicher ist, daß der Sieger nimmt, was er kriegen kann. Unsere Regierung hat ja selbst im Frieden zu Vorkriegszeiten das böse

Beispiel gegeben, auf die römischen Volkswirtschaften
Beispiel gegeben, auf die römischen Volkswirtschaften
Beispiel gegeben, auf die römischen Volkswirtschaften

Wohl aber ist die Sozialisierung aus einem anderen
Grunde richtig und unumgänglich: gerade um Hauptfächer
zu schaffen zum Zwecke der Ermöglichung fremden Kredits!

Aber — sozialisiert wird nicht, wenigstens nicht von
Staats wegen. Das bleibt da vom Sozialismus noch übrig?

Nun, es ist kein Geheimnis: die bürgerlichen Partei-
führer werden sich für die Uebernahme der Herrschaft
bedanken, weil sie wohl wissen, daß dann nicht mehr die

Als die bürgerliche Parlamentsherrschaft wäre das
Rücken gegen den Stachel der wirklichen
wirtschaftlichen Uebermacht! Was folgt daraus?

Wie gedenkt man denn überhaupt ohne Staatsbankrott
mit den Finanzen fertig zu werden, wenn man nicht zu einer
ganzen Reihe von wirklichen, nicht Pseudo-Monopolen

Intellektuelle Entartung.

Von Anna Siemsen.

In Bremen haben sich alle älteren Schüler der höheren Schu-
len zusammengesetzt und haben eine politische Resolution gefaßt.

- 1. Wegen die Abschaffung des Religionsunterrichtes.
- 2. Wegen die Reform des Geschichtsunterrichtes.
- 3. Wegen die Entsetzung der Kaiserbilder aus den Schulen.

Das ist keine Eingelerscheinung. Wo unsere „höhere“, wo
unsere akademische Jugend während des Krieges und während
der Revolution politisch demonstriert oder Stellung genommen

Woran liegt das? Man muß so fragen. Denn an sich ist
die Jugend zur Opposition, zur Revolution, zur freirechtlichen
Bewegung geneigt. Und unsere deutsche Jugend hat keine Aus-
nahme gebildet.

Die drei siegreichen Kriege über eine starke Suggestion-
kraft, der jugendlichen Heldensucht dient Bismarck als Idol
und wirkt tief demoralisierend; er macht eine antimoralische
Rachtpolitik zum nationalen notwendigen Glaubenssatz.

wirtschaftlichen Kleinbetriebes? Aber — das wäre ja Sozial-
isierung!

Merkwürdig: im Kriege mußte das Zusammen-
legen der Betriebe die Beibehaltung lediglich der best-
eingerichteten Betriebe dazu behalten, um durch Frei-
werdung überschüssiger Arbeiterkraft und ihre anderweitige

Die Erklärung, wir könnten heute nicht sozialisieren,
weil wir verarmt wären, ist eitel Heuchelei. Gerade weil
wir verarmt sind, müssen wir sozialisieren, um die Arbeit

Candeston'erenz der U. S. P. Sachsens.

Am Sonntag, den 23. Februar, tagte zu Dresden eine
Landestonferenz der U. S. P. Sachsens, die von 56 Vertretern,
darunter 35 Delegierten aus 15 von den 23 ehemaligen Reichstags-
wahlkreisen des Landes und 8 Abgeordneten der sächsischen

Der Niederlag der Aussprüche war ein Aufschrei, der
nach einer flammenden Brandmarke des Blutregimes und
der antisozialistischen Praxis der Weimarer Koalition zum
Kampf gegen das verbrecherische System aufruft.

In der Debatte wurde zu diesem letzten Punkte immer
wieder betont, daß eine solche Einigung nur in der revolutionären
Aktion erreicht werden könne.

Ihre Entwicklung in Sachsen ist zur Zeit recht erfreulich
— Rückschlüsse, die die Ablösung der Kommunisten mit sich ge-
bracht, sind zwar noch nicht überall nun völlig überwunden.

Der zweite Punkt betraf die zeitweilige Politik und
dachte sich hauptsächlich um die Frage, ob die Partei das Angebot
der Rechtssozialisten, wieder in die Regierung einzut-
reten, annehmen solle.

Die Fraktion der U. S. P. Sachsens erklärt in Uebereinstim-
mung mit der Landestonferenz der U. S. P. Sachsens, daß sie
bereit ist, zur Herbeiführung und zur Sicherung der sozialistischen
Republik unter folgenden Bedingungen in die Regierung einzut-
reten:

- 1. Bildung eines sozialistischen Ministeriums,
- 2. Ablehnung eines Staatspräsidenten für Sachsen.
- 3. Grundgesetzliche Anerkennung der deutschen Einheitsrepublik.
- 4. Vollständige Demobilisation des bestehenden Heeres.
- 5. Entlassung der Mannschaften und Offiziere.
- 6. Sicherung der durch die Revolution erzwungenen politischen Freiheiten.

gepugt (denn das System des alten Regimes war klug, bedenken-
los und folgerichtig) von allen staatlichen und bürgerlichen Er-
ziehungsinstituten: Schule, Universität und Presse.

Dieser geistige Parasitismus unseres deutschen Bürgertums ist
etwas einzig Dastehendes in der Welt. Er ist die größte Gefahr
für Deutschland und für die deutsche Revolution.

Wirtschaftlicher Art sind sie nicht, sonst würde die Bourgeoisie
der anderen Länder nicht ihre Intellektuellen als Ueberläufer ins
proletarische Lager senden; nationale sind es nicht — trotz allem

Die höheren Schulen, wie sie heute sind, ihrem Verwaltungs-
system, ihrem Lehrplan, ihrem Lehrplan nach, sie sind der
Feind, der sich jeder zeitigen Erneuerung Deutschlands entgegen-
stellt, der jeder geistigen, weil der verborgenen, Gefahr und unan-

6. Verfassungsmäßige Anerkennung der
Arbeiter- und Soldatenräte.

7. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische
Wirtschaftssystem stören.

8. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisie-
rung.

Darunter ist zu verstehen: Die Ueberführung der gesamten
kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische muß unmittelbar
in Angriff genommen werden. Die wichtigsten Produktionsmittel

Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundätzen
aufzubauen, die Verteilung der Verbrauchsgüter ist nach sozialisti-
schen Grundätzen zu regeln.

9. Nachdrückliche Vertretung der unter 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 und 8
erhobenen Forderungen bei der Reichsregierung; schärfster
Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, die der
Verwirklichung dieser Forderungen entgegenstehen.

Am Montag werden Organisations- und Pressefragen er-
örtert werden. Unsere Dresden-Genossen, die zur Zeit noch
ein Kopfbild der „Leipziger Volkszeitung“ beziehen, werden sich
in Kürze selbständig machen.

Die Epichelorganisation im Generalstab.

Wolffs Bureau verbreitet folgendes Telegramm:
Der Generalstab ersucht die berechtigten Re-
daktionen um Veröffentlichung der an der Spitze unserer

Die „rote Fahne“ vom 23. Februar erdreistet sich von neuem,
von der Epichelorganisation eines Dr. Gaertner im General-
stabe zu reden. Im Generalstab gibt es weder eine Epichelorga-
nisation, noch einen Dr. Gaertner.

Der Generalstab spekuliert auf das kurze Gedächtnis
der Leser, wenn er mit diesem Dementi hervortritt und es in
die Presse zu lancieren sucht. Wir haben bereits am 7. Fe-
bruar auf Nachfrage veröffentlicht, daß im Gebäude des
Großen Generalstabes, Zimmer 124, eine Politisch-
Parlamentarische Nachrichtenstelle der Regie-
rung befindet, die von einem Herrn geleitet wird, der
den Namen Dr. Gärtner als Pseudonym führt.

Wie öffentliche Meinung gemacht wird.

Der Sonderberichterstatter der „Täglichen Rundschau“ ent-
wirft von der Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die
Regierung folgende annähernde Schilderung:

Vormittag um 11 Uhr ist in Weimar fast alljährlich
Paroleausgabe der Regierung. Man nennt das
Pressekonferenz. Konferenzzeit ist immer irgendeiner von der
Regierung, und die Pressevertreter sind das Publikum.

greifbarste Gegner. Nicht auf der Straße und nicht in Wahl-
kämpfen wird die letzte und entscheidende Schlacht geschlagen
werden um den Sieg des sozialen Gedankens, sondern im
Kampf um die Jugend. Und wir werden in diesem

Es wäre besser gewesen, überhaupt gar nichts zu reformieren,
als Reformklasse ganz zurückzunehmen oder teilweise abzu-
schwächen. Selbst wenn wir nichts tun, wirken jetzt die Ereig-
nisse, nur unsere Unentschlossenheit, nur unser Ausweichen kann
ihre Wirkung schwächen.

Aber dieser eine Eingriff, so energisch er erfolgen mag, ge-
nügt nicht. Er ist nur die Vorbedingung für eine systematische
Umgestaltung des ganzen antikerischen und bürokratischen
Equivalenzsystems. Nur habe die Reihenfolge dieser notwendigen Re-
formen anzudeuten: Verwaltungsreform, Personalreform, Re-
plantform. Ich bin überzeugt, daß nur diese Reihen-
folge einen Erfolg gewährleisten wird. Wird sie nicht innegehalten,
so verfallen alle Reformversuche einer Schwärze der unterge-
ordneten Verhältnisse, welche durch passiven Widerstand oder durch Um-
deutung sie in ihr Gegenteil verkehrt.

Die Gemeindevahlen.

Das Ergebnis der Wahl in Berlin ist dem „Vorwärts“ sichtlich unangenehm. Knistert seinen Lesern die Ergebnisse vollständig vorzulegen, bleibt er auch diesmal seiner alten Methode treu, die Wahrheit zu verkleinern. Er verschweigt ihnen deshalb die genauen Ergebnisse der Wahl in Berlin ebenso wie die aus den Vororten, in denen die Rechtssozialisten auch überall gewaltige Stimmenverluste haben.

Aber noch schlimmer ist es, daß der „Vorwärts“ den ganz unwesentlichen Rückgang der Stimmenzahl der U. S. P. (insgesamt nur 10 000 Stimmen) als einen Rückgang von 14 Prozent bezeichnet. Da wir nicht annehmen können, daß die „Vorwärts“-Redakteure nicht imstande sind, auszurechnen, daß ein Rückgang von 10 000 Stimmen bei einer Gesamtstimmzahl von 270 000 nur 3,7 Prozent beträgt, so bleibt nur die Annahme übrig, daß sie mit dieser Angabe eine kleine Fälschung begehen wollten. Es bleibt aber trotzdem dabei, daß die Rechtssozialisten gegenüber der Preußenwahl 100 000 Stimmen verloren haben, die Unabhängige Partei aber nur 10 000, so daß sie jetzt die stärkste Partei in Berlin ist.

Wahlergebnisse.

Charlottenburg. Die amtlich festgestellten Zahlen lauten zumehr: Rechtssozialisten 40 130 Stimmen, 22 Sitze, Unabhängige 23 712 Stimmen, 14 Sitze, Deutschnationale 19 636 Stimmen, 11 Sitze, Deutsche Volkspartei 16 784 Stimmen, 9 Sitze, Christliche Volkspartei 6944 Stimmen, 1 Sitz, Mittelstand 6912 Stimmen, 4 Sitze, Demokraten 27 646 Stimmen, 18 Sitze.

Wilmersdorf. Rechtssozialisten 1131, Unabhängige 2072, Bürgerblock 917.

Köpenick. Bürgerblock 830 (6 Sitze), Rechtssozialisten 810 (6 Sitze), Unabhängige 1137 (9 Sitze).

Niederschöneweide. Rechtssozialisten 1687 (8 Sitze), Unabhängige 1719 (3 Sitze), Demokraten 930 (4 Sitze), Bürgerblock 860 (4 Sitze).

Stahnsdorf. Bürgerblock 135 (1 Sitz), Rechtssozialisten 578 (6 Sitze), Unabhängige 72 (2 Sitze).

Leitzow. Rechtssozialisten 1176 (11 Sitze), Unabhängige 252 (2 Sitze), Bürgerlicher Block 602 (2 Sitze).

Sonnenberg. Rechtssozialisten 8 Sitze, Unabhängige 1 Sitz, Bürgerlicher Block 9 Sitze.

Zehlendorf. Rechtssozialisten 949 (6 Sitze), Unabhängige 1008 (7 Sitze), Demokraten 497 (3 Sitze), Bürgerlicher Block 275 (2 Sitze).

Berlin. Rechtssozialisten 1890 Stimmen, Unabhängige 1350 Stimmen, Demokraten 1354 Stimmen, somit je 5 Stadtverordnete.

Völkische. Rechtssozialisten 6210, Unabhängige 1233, Demokraten 2718, Bürgerliche Parteien 10 866. Mandatsverteilung noch nicht festgelegt.

Reichenow. Rechtssozialisten 2440 (7), Unabhängige 639 (2), Demokraten 1549 (5), Bürgerliche Parteien 4407 (14), Hausbesitzer 708 (2).

Tempelhof. (Gesamtresultat): Unabhängige 4563, Demokraten 2601, Bürgerlicher Block 2070, Rechtssozialisten 6347.

Wienersdorf. (Gesamtresultat): Unabhängige 392, Demokraten 204, Rechtssozialisten 694, Bürgerliche Parteien 731.

Köpenick. (Gesamtresultat): Unabhängige 2505, Bürgerliche Parteien 1841, Rechtssozialisten 6947, Zentrum 449, Arbeiterverein 612.

Grünow. Rechtssozialisten 941 (3 Sitze), Unabhängige 634 (3 Sitze), Bürgerblock 2156 (9 Sitze).

Triebitz. Unabhängige 2108 (5 Sitze), Bürgerblock 2490 (9 Sitze), Rechtssozialisten 2515 (7 Sitze).

Oberhansdorf. (Gesamtresultat): Unabhängige 5696, Demokraten 1824, Rechtssozialisten 2066, Christliche Volkspartei 774, übrige Bürgerparteien 447.

Stahnsdorf. Unabhängige 1182 (6 Sitze), Rechtssozialisten 901 (4 Sitze), Bürgerblock 542 (2 Sitze).

Wilmersdorf. Rechtssozialisten 1112 (6 Sitze), Deutschnationale 718 (3 Sitze), Deutsche Volkspartei 868 (4 Sitze), Demokraten 602 (3 Sitze), Gesamt 10 Bürgerliche, 5 Sozialdemokraten.

Brandenburg a. d. H. Von 48 Sitzen erhielten 27 die Rechtssozialisten, 10 die Unabhängigen, 10 die Demokraten, 5 die Mittelständler, 3 die Deutschnationalen und 1 die Christliche Volkspartei.

Soziales.

Die Konsumvereine in der Warenverteilung.

Um den Konsumvereinen in der Kriegswirtschaft endlich die Stelle einzuräumen, die sie ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung nach längst zu beanspruchen gehabt hätten, sind vom Staatssekretär des Reichs Ernährungsamtes Anfang Januar d. J. Richtlinien herausgegeben worden, die für den Großhandel sowohl als auch für die Konsumvereine die Warenverteilung regeln. Die Konsumvereine hatten, bevor diese Richtlinien herausgegeben wurden, sehr häufig darüber zu klagen, daß sie von den Gemeindebehörden für ihre Mitglieder nicht immer die Waren bekommen, die sie vor dem Kriege bereits gekauft haben. Alle Beschwerden blieben erfolglos, weil man sich in der bürokratischen Verwaltung seinerlei Mühe machte, sich mit dem Wesen der Konsumvereine näher vertraut zu machen. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Verhalten eine Änderung Platz greifen mußte in dem Moment, als ein Genossenschaftler an die Spitze des Reichs Ernährungsamtes berufen worden ist. Dabei sei ausdrücklich betont, daß der Staatssekretär Wurm den Konsumvereinen keine Bevorzugung zuteil werden ließ, sondern lediglich veranlaßte, daß die Konsumvereine für diejenigen Mitglieder, die ihre Waren im eigenen Geschäft holen wollen, auch die genügenden Mengen überwiesen erhalten. Um ganz einwandfrei festzustellen, wieviel Mitglieder für sich und ihre Familienangehörigen für die Folge die Lebensmittel aus den Konsumvereinen beziehen wollen, haben sich die letzteren verpflichtet, durch Umfrage die diesbezüglichen Feststellungen zu machen.

Kaum sind die Richtlinien bekannt geworden und schon beginnt ein großes Ressentiment gegen die Konsumvereine. Die Kleinhandlärer lassen alle Mühen springen, um nachzuweisen, daß die Konsumvereine bevorzugt werden sollen oder daß die Konsumvereine jetzt mit Waren beliefert werden sollen, die sie früher nie gekauft hätten und dergleichen mehr. Andererseits sind Gemeindefunktionäre vorhanden, die nicht abgeneigt sind, auf diese unzureichenden Darstellungen des Kleinhandels Rücksicht zu nehmen. Man muß sich wundern über den Mut, den manche Gegner der Konsumvereine ausbringen, um das Gegenteil von dem zu beweisen, was der Wahrheit entspricht. Andererseits läßt dieses Verhalten allerdings auch erkennen, wie sehr die frühere Regierung bzw. die behördlichen Organe der Konsumvereine benachteiligt und den Kleinhandel bevorzugt haben.

Wurm ist ja nun nicht mehr Staatssekretär, aber hoffentlich wird trotzdem vom Reichs Ernährungsamt darauf hingesehen werden, daß die Richtlinien restlos zur Durchführung gelangen.

Des weiteren ist es natürlich auch eine Aufgabe der proletarischen Gemeindebehörden, danach zu sehen, daß in der Gemeinde die Richtlinien auch voll und ganz zur Durchführung kommen. Ebenso dürfte es eine dankbare Aufgabe der Arbeiterräte sein, dahin zu wirken. Es ist dies um so notwendiger, da Konsumvereine gemeinnützige Unternehmen sind, die namentlich wenn der Nahrungsmittelhandel in den Gemeinden sozialisiert werden soll, mit ihren Einrichtungen eine recht brauchbare, gesunde Grundlage bieten. Denn grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß bei der Warenverteilung die Verbraucherinteressen in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Sie werden aber nur gewährt in der konsumgenossenschaftlichen Organisation, und deshalb muß für unsere Genossen in den Gemeinden Rücksicht sein: „Dem Konsumverein, was dem Konsumverein gebührt!“

Groß-Berlin.

Ahnungen.

Zwischen grauen Mauern ein Fleckchen Park. Noch vor wenig Tagen lag Schnee darüberbreitet und unfreundliches Dunkel. Gestalten bückten über den Platz; nur hier keinen Aufenthalt. Heute sitzen im warmen Licht Menschen auf allen Bänken, sich zu freuen am Sonnenglanz, sich zu laben am Duft des frühen Frühlingstages. Sie ruhen aus. Mütter schreiten hinter Kinderwagen, kleine Mädchen spielen mit Reifen, eine Kinderwärtlerin übt — Geigenklänge im Ohr, das Bild des Freundes vor dem Auge — Tanzschritte mit einem widerstrebenden Buben. Alle fühlen das Rieseln erster Reizjahre in den Gliedern.

Die Beete sind noch unberührt; die pflegende Hand ruht noch. In den Lüften aber liegt kommendes Werden, werdende Schönheit.

Die Winternacht ist gewichen. Soll es auch im Leben der Menschen, des Jungen, des Volkes heller werden? Lie Nachts des Krieges will dem Frieden weichen; Grauen und Mord sind fast vergessen. Die Tage grauer Rebel waren die rechte Sülle für den blutigen Bruderkrieg; in menschengefüllter Stadt, für den Mordmord, für das Rasen gedungener Banden. Wird auch das nun vorbei sein? Werden die Menschen sich wiederfinden im Glauben an das Geistige? Werden sie in der Helle goldener Reizjahre alles Falsche, Wilde, Schwarze abstreifen?

Knaben führen ein Spiel auf, das Krieg sein soll, ein Nachklang aus dunkelster Zeit, gepflegt durch eine falsche Schule. Aber es ist kein Krieg. Es ist das Ausströmen einer sprudelnden, aber verführten Phantasie, starker, aber falsch geleiteter Instinkte. Im Wesen ist der werdende Mensch rein, erfüllt von unbewußter Sehnsucht nach dem Schönen, abhold dem Blütigen.

Wird das endlich durchbrechen? Reizjahre wehen. Der Menschen Augen blicken gläubiger, ihre Herzen schlagen tapfer, die Seelen fühlen freier. Sie ahnen kommendes Werden, Besserwerden.

Ein mißglücktes Manöver.

In der letzten Spandauer Stadtverordnetenversammlung versuchten die bürgerlichen Stadtverordneten die letzte Stunde, die ihnen noch die Macht in den Händen ließ, zu einem Attentat gegen die Bevölkerung auszunutzen. Nichts anderes als die Neuwahl des Bürgermeisters war geplant, trotzdem die Regierung durch Verordnung bestimmt hatte, daß infolge der zu erwartenden anderen Zusammensetzung der Gemeindevertretungen alle Neuwahlen seitens der alten Körperchaften zu unterbleiben haben. Ein Antrag des sozialdemokratischen Stadtverordneten Piel, den Punkt von der Tagesordnung abzulassen und den Arbeiterrat der Staatswerkstätten zwecks Einlegung eines von allen anwesigen Arbeitern der Spandauer Staatswerkstätten unterstützten Protestes gegen die Bürgermeisterwahl zu empfangen, wurde von der Versammlung unter großer Unruhe auf den hart besetzten Tribünen und der vollständig erschienenen Arbeiterratmitglieder abgelehnt. Die letzteren erklärten, die Wahl unter keinen Umständen zulassen zu wollen. Darauf verzogte der Vorsitz der Versammlung auf 10 Minuten. Nach Wiedereröffnung gab er bekannt, daß die Stadtverordneten beschlossen haben, überhaupt nicht mehr weiter zu sagen. Es wurde dann schnell noch über einen Antrag abgestimmt, der besagt, daß die Kommissionen, die zur Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln eingesetzt sind, ihre Funktionen ausüben sollen, bis die neue Versammlung sich konstituiert hat. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. So nahm denn die letzte Sitzung des Privilegienparlamentes in Spandau ein unruhliches Ende.

Forderungen der Arbeiter.

Die Arbeiter und Angestellten der U.S.P.-Werke (Apparate-Fabrik) fordern, daß die von den Arbeiterräten und Kollegiaten aufgestellten Richtlinien zur baldigen Durchführung zu bringen sind. Sie erklären, daß sie geschlossen hinter ihren Arbeiterräten stehen.

Rowdytum.

Aus Kremen wird uns berichtet: Am Sonntag ging der Arbeiter Richard Uebel an einem dem Dampfagewerkschreiber Herrn Kriesel gehörigen Etichonal entlang, um seinen Weg abzukürzen. Pöblich wurde er von Herrn Kriesel angegriffen, und als er nicht stehen blieb, sondern seinen Weg ruhig fortsetzte, ließ ihm Kriesel noch, zog einen Browning aus der Tasche, legte ihm diesen auf die Brust und drohte ihm mit Erschießen. Ohne jede Veranlassung, da Uebel keine Waffe bei sich hatte und auch keine Miene machte, Herrn Kriesel anzugreifen. Nur durch die Kaltblütigkeit und Besonnenheit des Uebel ist es zum Blutergießen nicht gekommen. — Wie uns weiter mitgeteilt wird, fühlt sich das Bürgertum seit der Einquartierung des Lüchow-Korps überhaupt sehr kräftig und tritt den Arbeitern herausfordernd gegenüber. Wie kommt der Mühlenbesitzer überhaupt zu einem Revolver? Wir fordern, daß ihm dieser sofort abgenommen wird, denn er gerade hat gezeigt, daß in seinen Händen eine Waffe leicht zur Verhinderung unschuldiger Menschenleben führen kann. Und es wird doch gerade in der jetzigen Zeit genug mit dem Säbelschneiden viel zu viel herumgeschüttelt, in den meisten Fällen um nichts und wieder nichts. Diesem Rowdytum muß mit aller Strenge zu Leibe gegangen werden.

Ein Ehe drama hat sich gestern (Montag) nachmittags in der Klarenbachstraße, im Korridor der Stadt, abgespielt. Der 33 Jahre alte Hülfsredakteur Hermann Kühner erlag dort seine 28 Jahre alte Ehefrau Eise, geb. Thiele und stellte sich dann selbst der Polizei. Frau Kühner wohnte getrennt von ihrem Manne in der Klarenbachstraße 12. Kühner war gestern nachmittags in der Wohnung seiner Frau gegangen, um mit ihr eine Aussprache herbeizuführen. Als die Frau auf seine Vorschläge nicht einging, ihn vielmehr brüllend zurückwies, zog der Mann plötzlich einen mitgebrachten Revolver, schob auf seine Frau und verließ sie so schwer, daß sie auf der Stelle verstarb. — Zu der

mi geteilt, daß sich auch die erkrankte Begleiterin des schwermüde Mannes festgesetzt worden ist. Die Tote ist eine Frau Eise Thiele, die bei ihren Eltern in der Klarenbachstraße wohnte. Frau Thiele war mit einem Eisener verheiratet, der sich in Paris aufhält. Eise hatte sich ihr schon seit längerer Zeit mit Liebesanträgen genähert und von ihr verlangt, daß sie sich von ihrem Manne scheiden lassen solle. Wahrscheinlich hat er diese Forderung auch in dem Hotel an sie gestellt und als sie nicht einwilligte, den Revolver gezogen, um gemeinsam mit ihr aus dem Leben zu scheiden.

Lichtbilderorträge. Mittwoch, den 25. Februar: Im Königl.ädtischen Realgymnasium, Dr. Brühl über: Die Schätze des Meeres. (1. Vortrag: Seealg, Bernstein, Meerespflanzen. Beginn 6 Uhr.) — Im Institut für Meereskunde, Prof. Dr. Rietze über: Auge und photographische Platte. — Im Sophien-Gymnasium, Dr. Spehmann über: Bilder aus Deutschlands Gauen. (2. Vortrag: Deutschlands Wasserlande von Emden bis Hamburg.) — Donnerstag, den 27. Februar: Im Institut für Meereskunde, Prof. Rietze über: Geographische Charakterbilder aus allen Zonen der Erde. (1. Vortrag: Eine Mittelmeerreise.) — Freitag, den 28. Februar: Im Institut für Meereskunde, Dr. Armbruster über: Aus dem Leben der Bienen. (1. Vortrag: Biene und wilde Biene.) — Im Sophien-Gymnasium: Dr. Widrich über: Kupferarmadure der heimischen Pflanzen für den Gaudium. (4. Vortrag: Der Nährwert der Biene, das Sammeln und Konsumieren für den Haushalt.) — Beginn, wenn nicht ausdrücklich anders bemerkt, regelmäßig 8 Uhr. Eintritt 15 bzw. 10 Pf. für jedermann.

An Gesang in Belgien können die sonst auch mit anderen freundlichen Ländern im Gesangensbereich angefallenen Verbindungen abgefaßt werden. Nur die Annahme von Postkarten an diese Gesangens ist vorläufig eingestellt. Verhandlungen wegen Wiederzulassung der Postkarte sind im Gange. Postanweisungen sind zur Umschreibung an das niederländische Postamt in Haag zu richten.

Freie Jugend, Berlin-Südwest. Mittwoch, 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr, bei Köhler, Rüttemerstr. 9, Regionalversammlung. Tagesordnung: Innere Reichskonferenz (Hilf Helfenden).

Alterturner Groß-Berlin. Sonnabend, 1. März, abends 7 Uhr, in der Turnhalle Petersburger Straße 4, Probe zu unterem öffentlichen Turnen. Zahlreiche Teilnahme wird erwartet.

Lebensmittellieferer.

Pankow. Diejenigen Personen, welche auf den Bezugs- und Kultursabschnitt 7 und 9 der Pankower Lebensmittellieferer Salzheringe bzw. Räucherwaren bisher nicht erhalten haben, können vom Dienstag, den 25. Februar 1919, ab in den nachbenannten Geschäften je 150 Gramm Kräuterheringe (Preis 50 Pf. für 150 Gramm) entnehmen: Blumenhof, Wollankstr. 27, Wozig Nachf., Becklerstr. 67, Opalle, Berliner Straße 47, Etzahn, Dreierstraße 24, Bajer, Schloßstraße 19, Wagnitz, Florkstraße 27.

Bei der Redaktion eingegangene Druckschriften.

Hermann Ahrens. Der Umbau unserer gesamten deutschen Volkswirtschaft. Die Sicherung der Existenz. Einheitssteuer und Vergesellschaftung. 3. Auflage. 28 Seiten. Preis 1,50 M. Im Selbstverlag des Verfassers, Berlin-Tempelhof, Altkönigsstr. 101.

Fritz Müll. Kerkerblumen. Gedichte aus der Kriegszeit. 78 Seiten. Preis 2,50 M. broschiert, 3,50 M. gebunden. Verlag Spartakus, Stuttgart-Deutsches.

Edwin Hirtel. Aus Krieg und Kerker. Gedichte. 77 Seiten. Preis 2,50 M. broschiert, 3,50 M. gebunden. Verlag Spartakus, Stuttgart-Deutsches.

Paul Heinemann. Die Organisation der sozialistischen Jugend. Berlin 1918. 20 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag der Sozialistischen Jugendbibliothek, Berlin O 112, Kronprinzenstr. 30.

Prof. Dr. W. Vogel. Deutschlands bundesstaatliche Neugestaltung. Mit einer Karte. Berlin 1918. Verlag Dietrich Reimer (Ernst Köhler) Berlin. 16 Seiten. Preis 1,80 M.

Die Erde. Politische und kulturpolitische Halbmonatsschrift. Herausgeber Walter Rilla. Verlag „Die Erde“, Breslau, 3. Heft.

Der Einsige. Weisheit der Menschenkinder. Herausgeber Anselm Kueß und Throna. Druck: Paul Anort, Berlin-Wilmersdorf.

Carl Eckhoff. Geldreform — Weltreform. Verlag Carl Henze, Berlin. 24 Seiten. 50 Pf.

Alfred Fritzer. Revolutionsgewalt und Notstandsrecht. Rechtsstaatliches und Naturrechtliches. Nebst einigen Vorschlägen zu der neuen Verfassung. Verlag S. Guttenberg, Berlin 1918. 190 Seiten. Preis 6,50 M.

Die Volksmarine in Berlin. Wer sind und wer waren die Führer der Volksmarine-Division? Ihr Anteil an der Sicherung der Revolution. Nach autobiographischen Angaben herausgegeben von E. Heed-Schombach. Mit Bildbeispielen nach Originalaufnahmen. Berlin 1918. Verlag Buchverlag, Berlin W 25. Preis 1 Mark.

Die Aktion. 9. Jahrgang. Herausgegeben von Franz Hsemker. Moja Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis. 56 Seiten. Preis 1,60 M. Verlag „Die Aktion“, Berlin-Wilmersdorf.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Willepp, Reußh. — Verlag „Die Freiheit“ G. m. b. H. Berlin. — Druck der Endersdruckerei und Verlagsbuchhandlung m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Gute Bücher für den Ehestand

in mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Wien'ich

Werden, Sein und Vergehen von A. Fischer. Mit vier farbigen Tafeln und 276 Illustrationen. Preis gebunden 7,50 M., gebunden 10 M.

Wann und Weib

eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, sittlichen und kulturhistorischen Beziehungen von Dr. Mertens. Preis gebunden 6 M., gebunden 8 M.

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Anna Fischer-Dückelmann. 20. Auflage mit vielen Illustrationen und einem zerlegbaren Modell des Frauenkörpers. Für die junge Frau, die Mutter unentbehrlich, für jeden Gatten empfehlenswert. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Prof. Kofler nennt das begeistert aufgenommene Buch

Die aufgeklärte Frau

von Trujta Bogiandri: Das Beste, das je über und für die Frau erschienen ist. Mit vielen Illustrationen der Frau in allen Lebenslagen. Preis gebunden 5 M., gebunden 6,50 M.

Wer über sich, die Ehe gute Aufklärung haben will, der lese diese vorzüglichen Bücher. Männer und Frauen der Bildung haben hier ihr Bestes an Lebenserfahrung. Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch Vogel & Co., Berlin W 9, Köthener Straße 27, Abt. 8.